



Für die Heimat

Artur Auernhammer



Mehr unter   04/2019
artur-auernhammer.de

Innovative Mobilitäts- technologien fördern statt Verbote aussprechen

Die Unionsfraktion kritisiert die Forderung der Grünen, ab 2030 nur noch abgasfreie Autos neu zuzulassen und Benziner und Diesel zu verbieten, deutlich.



„Der Transformationsprozess hin zum emissionsfreien Auto von morgen kann nicht durch Verbote gelingen. Wir setzen auf einen Mix aus innovativer Forschung und unterstützen vielversprechende Technologien für neue Antriebsarten für Pkw und Lkw. Das reicht von der Elektromobilität über die Brennstoffzelle bis hin zu synthetischen Kraftstoffen. Wir werden in der nächsten Dekade auch Technologiesprünge erleben. Wir sollten also heute nicht alles auf eine Karte setzen, die sich Elektromobilität nennt“, so der

stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulrich Lange.

Die Teilnahme am Straßenverkehr muss für die Menschen bezahlbar bleiben

Bundestagsabgeordneter Artur Auernhammer: „Die Forderungen der Grünen schließen viele Menschen ab 2030 von der Teilnahme am Verkehr aus. Viele Autofahrer werden sich bis dahin keinen neuen, abgasfreien Wagen leisten können. Ich halte daher für wesentlich zielführender, fossile Kraftstoffe durch klimafreundliche Biokraftstoffe zu ersetzen.“

Klimaschutz und Energiewende können nur gelingen wenn die Gesellschaft diese unterstützt. Dazu müssen sie für alle bezahlbar bleiben. Gebote und Verbote helfen hier nicht weiter.



378.000 € für die
Gemeinde Langenaltheim.
Darüber freut sich Artur
Auernhammer



So hoch ist die Bezuschussung zur Sanierung der Mehrzweckhalle in der Gemeinde. Das beschloss der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages aus Mitteln zur „Förderung kommunaler Einrichtungen“.

1900

 Facebook-
Likes

Herzlichen
Dank!



Bürgernähe bei Wahlrechtsreform nicht aus den Augen verlieren

Die Gespräche über eine Reform des Wahlrechts verliefen vorerst ohne Ergebnis. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion strebt nach wie vor eine deutliche Verkleinerung des Bundestags an.

Dazu wurden mehrere konstruktive Vorschläge eingebracht. Sie wurden von der Opposition leider abgelehnt.



Gemeinderat von Burgsalach in Berlin



Mitglieder des Gemeinderats Burgsalach trafen sich Anfang April mit MdB Artur Auernhammer zum Gespräch im Deutschen Bundestag.

Wahlkreise stehen für Nähe

Die Unionsfraktion hält es weiterhin für richtig, die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen und mindestens 15 Überhangmandate nicht wie bisher durch zusätzliche Listenplätze auszugleichen. Das würde schon zu einer spürbaren Verkleinerung des Bundestags führen.

Die CDU/CSU-Fraktion ist auch weiterhin bereit, sich auf eine gesetzliche Höchstzahl von Mandaten für den Bundestag zu verständigen. Der Vorschlag, die Zahl der Wahlkreise zu reduzieren, würde allerdings zu einer größeren Distanz zwischen Abgeordneten und Bevölkerung führen und die notwendige demokratische Repräsentanz vor Ort ganz erheblich beschädigen. Hinzu kommt, dass mit diesem Vorschlag das zu lösende Problem, die Gefahr eines „Aufblähens“ des Bundestages durch Überhang- und Ausgleichsmandate, weiterhin bestehen würde.

Nach dem Scheitern der Gespräche hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die anderen Fraktionen Mitte April zu einer fraktionsoffenen Sitzung zur Wahlrechtsreform eingeladen.

Bundestagsdebatte zu „70 Jahre NATO-Bündnis“

In der Bundestagsdebatte zum 70-jährigen Bestehen des NATO-Bündnisses bekräftigte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) die Zusage, die Ausgaben bis zum Jahr 2024 deutlich zu erhöhen und langfristig das 2-Prozent-Ziel der NATO anzustreben. Verteidigungsministerin von der Leyen bezeichnete das Bündnis als „Garant für Sicherheit und Freiheit in Europa“ und würdigte den Beitrag Deutschlands für das transatlantische Bündnis. Deutschland sei der zweitgrößte Truppensteller in Afghanistan, zweitgrößter Nettozahler im Bündnis und schütze maßgeblich die östliche Grenze des Bündnisses.

CSU-Außenpolitiker Christian Schmidt zeichnete in seinem Redebeitrag zudem die historische Rolle der NATO nach. Er mahnte, dass man den Bürgerinnen und Bürgern diese historische Leistung der NATO auch weiterhin verdeutlichen müsse. Auch künftig gelte es, die Bürger bei sicherheitspolitischen Fragen einzubeziehen und um Verständnis zu werben.



Bundesinnenminister Horst Seehofer hat im Bundestag die Kriminalstatistik für das Jahr 2018 vorgestellt. „Die Polizeiliche Kriminalstatistik verzeichnete im vergangenen Jahr weniger als 5,4 Millionen Straftaten“, berichtete der Bundesinnenminister. Dies sei der niedrigste Wert seit Jahrzehnten. Aber natürlich sei jede Straftat eine zu viel, so Seehofer. „Die Aufklärungsquote hat einen Höchststand erreicht, nämlich 56,5 Prozent“, sagte Seehofer. Der Bundesinnenminister sagte, dass angesichts dieser Zahlen mit Fug und Recht festgehalten werden könne, dass Deutschland eines der sichersten Länder

der Welt sei. Horst Seehofer bedankte sich dafür explizit bei den Polizistinnen und Polizisten. „Die Entwicklung ist zwar erfreulich, aber wir müssen alle miteinander daran arbeiten, dass sie in den nächsten Jahren verstetigt wird“, betonte Seehofer. Dafür brauche es weiterhin eine gute personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden und eine gute materielle Ausstattung, die auf der Höhe der Zeit ist, so der Bundesinnenminister. „Die schlechteste Antwort wäre, wenn wir uns auf diesen erfreulichen Zahlen ausruhen würden“, sagte Seehofer. Niemand könne eine absolute Sicherheit versprechen.

Der Bundesinnenminister verwies vor allem noch auf einen Straftatbereich, der die Bevölkerung besonders bewegt: „Die Diebstahlsdelikte – übrigens der größte Bereich der Straftaten – befinden sich ebenfalls auf dem niedrigsten Niveau seit Jahrzehnten.“ Es habe einen Rückgang um 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gegeben. „Ganz besonders erfreulich ist die Entwicklung beim Wohnungseinbruchdiebstahl, der viele Menschen umtreibt: Die Statistik verzeichnet hier erneut eine Abnahme, und zwar um 16,3 Prozent“, berichtete Horst Seehofer.



Freiheit und Sicherheit für Europa

Im Anschluss an die Debatte stimmte der Bundestag für einen Antrag von CDU/CSU und SPD, in dem sie die Bundesregierung auffordern, sich für „Zusammenhalt und Einigkeit im Bündnis als Beitrag zur Aufrechterhaltung und Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung einzusetzen und transatlantische Lastenteilung weiterhin auch glaubwürdig umzusetzen“. Die Bundesrepublik muss sich weiterhin zu den Vereinbarungen in der Nato bekennen, dem „Zielkorridor der Vereinbarungen“ folgen und „damit auch weiterhin einen wichtigen Beitrag zur fairen Lastenteilung im Bündnis leisten“. Ebenso solle die Regierung weiterhin substanzielle Beiträge zur Stärkung der kollektiven Verteidigung der NATO leisten und damit zur Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO beitragen.

Seehofer: „Deutschland eines der sichersten Länder der Welt“



Zeitgewinn bei der Düngeverordnung

In der Frage um eine erneute Verschärfung der Düngeverordnung haben sich die Landwirtschaftspolitiker von CDU und CSU im Bundestag deutlich positioniert. „Die Europäische Kommission muss den Landwirten die nötige Zeit geben, um zu sehen, inwieweit die 2017 eingeleiteten Verschärfungen wirken“, so Artur Auernhammer.

Erst 2017 wurden in die Düngeverordnung neue Auflagen aufgenommen. Eine weitere Verschärfung in kürzester Zeit - wie von der Europäischen Kommission gefordert - wäre von den Landwirten kaum umsetzbar.



Europawahl am 26. Mai – Bitte gehen Sie wählen!



Vom 23. bis 26. Mai 2019 dürfen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zum neunten Mal das Europäische Parlament wählen. In der Bundesrepublik Deutschland findet die Wahl am 26. Mai 2019 statt.

Der Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei, EVP, Manfred Weber, spricht oft von einer „Schicksalswahl für diesen Kontinent“. Die Politik sei deutlich ernster geworden. Artur Auernhammer sagte, er gehöre zur ersten Generation, die in Europa in Frieden und Freiheit leben dürfe. Auch deshalb sei es so wichtig, am 26. Mai 2019 wählen zu gehen. Denn auch unsere Kinder hätten das Recht, weiterhin so leben zu dürfen.

Gespräch im Europaparlament

Der große Einsatz der agrarpolitischen Sprecherin der CSU im Bundestag, Marlene Mortler, MdB bei der Düngeverordnung zahlt sich für die bayerischen Landwirte aus. Auf Initiative der Unionsfraktion fand Anfang April ein Gespräch der Landwirtschaftspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit ihren Kollegen im Europaparlament statt.

Inzwischen hat die Europäische Kommission bekanntgegeben, dass der Bundesregierung vorerst keine verkürzte Frist für die Anpassung der Düngeverordnung gesetzt wird. Zudem ist aktuell kein Zweitverfahren gegen Deutschland wegen der Nicht-Einhaltung der EU-Nitratrichtlinie geplant.

„Unser Ziel muss es sein, eine vernünftige Lösung in einem vertretbaren zeitlichen Rahmen zu erreichen, die sowohl dem Schutz des Wassers als auch den Interessen der Landwirte gerecht wird“, so Auernhammer. Insbesondere müsse es beim umstrittenen 20-prozentigen Düngeabschlag in den nitratbelasteten Gebieten Erleichterung geben.





80. Geburtstag von Carl-Dieter Spranger

Carl-Dieter Spranger ist seit mehr als 50 Jahren Mitglied der CSU. Von 1969 bis 1976 war er Vorsitzender des CSU-Kreisverbandes Ansbach-Stadt. 1973 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden und 1989 schließlich zum Vorsitzenden des CSU-Bezirksverbandes Mittelfranken gewählt. Von 1991 bis 1998 war er Bundesminister unter Helmut Kohl und von 1972 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Als Vor-Vorgänger von Artur Auernhammer hat er den Wahlkreis hervorragend in Bonn bzw. Berlin vertreten. Herzliche Gratulation und weiterhin viel Gesundheit, lieber Herr Spranger!



"Derbelcken" in Schillingsfürst

Mit vielen anderen Gästen aus der regionalen Politikprominenz verbrachte Artur Auernhammer einen geselligen Abend. Denn auch heuer luden der CSU-Ortsverband Schillingsfürst, die „Freien Bürger“ sowie der TSV 1862 Schillingsfürst in die Albert-Zietz-Halle Schillingsfürst zum alljährlichen „Derbelcken“ ein. Neben dem Fastenprediger und weiteren humoristischen Darbietungen, gab die erst elfjährige Matilda Hulsman mit ihrem gesellschaftskritischen „Poetry-Slam“ einen großartigen und für alle Besucher beeindruckenden Gastauftritt.



Artur Auernhammer in Wassertrüdingen

Ein informatives Gespräch führte MdB Artur Auernhammer kürzlich mit dem neuen Bürgermeister von Wassertrüdingen, Stefan Ultsch.

Am 24. Mai beginnt dort die Landesgartenschau „Natur in Wassertrüdingen 2019“, die in diesem Jahr mit zahlreichen Attraktionen eine der wichtigsten Veranstaltungen in der Region sein wird.

Das ehemalige Markgrafenstädtchen mit seinen knapp 6.000 Einwohnern, gilt als Zentrum der Region Hesselberg, dem einzigen fränkischen Berg mit Alpenblick.



Besuch in Dittenheim

Bei einem Besuch in Dittenheim im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen sprach MdB Artur Auernhammer mit Bürgermeister Günter Ströbel sowie zwei Gemeinderäten über die aktuelle Situation der Gemeinde. Insbesondere der geplante Hochwasserschutz war dabei ein wichtiges Thema. Anschließend wurde die ortsansässige Firma Knoll und Langohr Maschinenbau besichtigt. Inhaber Ludwig Knoll erläuterte bei einem Rundgang die branchenübergreifende Kompetenz der Firma insbesondere bei den Themen Sondermaschinenbau, Fördertechnik, Handhabungstechnik und Anlagenbau.

Dr. Silke Launert, MdB, zu Gast
in Leutershausen



Auf Einladung des CSU Ortsverbandes Leutershausen, der Frauen Union im Landkreis Ansbach und des Bundestagsabgeordneten Artur Auernhammer, referierte Dr. Silke Launert, MdB und Mitglied im Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, über Familienpolitik. Sie stellte sehr deutlich dar, mit welchen milliardenschweren Paketen der Bund die Familien fördert.

Dr. Launert spannte einen weiten Bogen über das Gute-Kita-Gesetz, das Baukindergeld, das Familienentlastungsgesetz bis hin zum Gender Pay Gap. Abschließend gab es eine angeregte Diskussionsrunde.



SmartBees - Projekt in Wassertrüdingen

Auf einer sehr schönen Feier zur Fertigstellung des Projektes „SmartBees“ der Betty-Staedtler-Mittelschule in Wassertrüdingen hielt Bundestagsabgeordneter Artur Auernhammer ein Grußwort. Darin hob er das Engagement und die Zielstrebigkeit der Schüler und des begleitenden Lehrers, Herrn Lober, hervor. Anstatt zu demonstrieren, sorgen sie durch aktives Handeln für bundesweites Aufsehen.

Auf dem anschließenden Rundgang ließ sich Artur Auernhammer das Projekt detailliert erklären. Die Schüler können durch das Projekt die Aktivitäten von über 200.000 Bienen elektronisch erfassen, analysieren und auswerten.



Die Landesgartenschau „Natur in
Wassertrüdingen 2019“ eröffnet in Kürze

UNBEDINGT
BESUCHEN!

Die Vorbereitungen für die Bayerische Gartenschau in Wassertrüdingen 2019 laufen auf Hochtouren. Am 24. Mai 2019 wird die mittelfränkische Kleinstadt die Pforten des Ausstellungsgeländes für Besucher öffnen. „Wassertrüdingen erhält mit dem Klingenweiherpark und dem Wörnitzpark zwei dauerhafte Anlagen, die die Stadt aufwerten werden“, so Artur Auernhammer. Im Klingenweiherpark entstehen ein Hügel mit Aussichtsplattform und ein neuer Erlebnisspielplatz, der den Bürgern auch nach der Gartenschau erhalten bleibt. Herzliche Einladung zur Landesgartenschau in unserer Region.



So erreichen Sie mich in Berlin:

Deutscher Bundestag
Artur Auernhammer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030.227-78797
Artur.Auernhammer@bundestag.de

www.artur-auernhammer.de

Mehr unter  

Aktuelle Publikation im Download

Bundesministerium für Landwirtschaft
und Ernährung

CDU / CSU Fraktion im Deutschen
Bundestag

Bestellservice des Deutschen
Bundestages